

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschloß: Tagesblatt Riesa,
Gernus Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weiksen.

Postkontos: Dresden 143.
Circuläre Riesa Nr. 52.

Nr. 256.

Dienstag, 3. November 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Bewilligter Absatz erstlich, wenn der Betrag versandt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontos gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Verkehrs der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Veruche zur Lösung der Regierungskrise.

BRD. Es ist nun kein Geheimnis mehr, daß im Laufe dieser Woche erste Bemühungen zur Lösung der Krise der Regierung unternommen werden sollen, da man sich von der Notwendigkeit überzeugt hat, die Gefahr einer Reichstagsauflösung endlich zu beseitigen. Die Bemühungen, die Reichskanzler Dr. Luther am Dienstag mit den Parteiführern haben wird, werden daher von den maßgebenden politischen Kreisen als der erste Schritt bezeichnet, den die Regierung selbst unternimmt, um die parlamentarische Lage zu klären. Die Parteien werden inzwischen Vorarbeiten leisten, daß die Fraktionen sich in Berlin vereinfachen, um im entscheidenden Augenblick ihr Votum abgeben zu können. Inwiefern im gegenwärtigen Stadium der Dinge für die deutschnationale Volkspartei eine Möglichkeit besteht, auf die Gestaltung der parlamentarischen Lage Einfluß auszuüben, ist sehr schwer zu übersehen, denn allgemein besteht der Eindruck, daß eine Neubildung der deutschnationalen Einheitsliste gegenüber den Locarno-Verträgen nicht mehr in Frage kommt und daß daher von einer Wiedereintritt in die Regierung nicht die Rede sein kann. Unter diesen Umständen wird das Kabinett Luther wahrscheinlich geplatzt werden müssen, wenn nicht irgendwelche neuen Momente eintreten sollten, die sich im letzten Augenblick zu Gunsten des Kanzlers auswirken könnten. Die Union, die fest entschlossen ist, die Reichsregierung auf der Basis der großen Koalition zu rekonstruieren, scheint daher mit dem Rücktritt Dr. Luthers zu rechnen, jedoch namentlich bei den Demokraten schon jetzt Erörterungen über die Person des neuen Kanzlers im Gange sind. Man nennt wiederum den früheren Reichskanzler Dr. Marx als den Nachfolger Dr. Luthers, nachdem ein schlichterer Versuch, den Außenminister Dr. Stresemann als neuen Reichskanzler der großen Koalition in Vorschlag zu bringen, wenig Beifall bei den beteiligten Parteien gefunden hat.

Die Kardinalfrage, um die sich die ganze Diskussion dreht, ist die Haltung der Deutschen Volkspartei. Zweifellos sind in den letzten Tagen zwischen der Volkspartei und den deutschnationalen starke Gegensätze eingetreten, die ernst genug sind, um das Verhältnis zwischen den beiden Parteien zu trüben. Aber auch jetzt noch besteht in den volksparteilichen Kreisen sehr wenig Neigung zur Wiederherstellung der großen Koalition mit Reich und man kann daher nicht behaupten wollen, daß schon irgendwelche Aussichten auf eine Einigung zwischen der Deutschen Volkspartei und den Parteien des Weimarer Volksbundes vorhanden seien. Vielmehr bestehen so große Schwierigkeiten, daß man in den führenden parlamentarischen Kreisen eher mit einem Scheitern der auf diese Lösung hinzielenden Bemühungen rechnet.

Inzwischen ist es noch sehr fraglich geworden, ob Reichskanzler Dr. Luther den Plan, mit den Führern der deutschnationalen ein neues Arrangement über die Annehmbarkeit der Locarno-Verträge zu treffen, überhaupt verwirklichen kann. Trotz dieser unruhigen Position des gegenwärtigen Kabinetts dürfte die Voraussetzung, daß die Regierung Luther schon am Mittwoch oder Donnerstag ihren Rücktritt erklären wird, doch etwas verfrüht sein. Wir glauben jedenfalls zu wissen, daß der Reichskanzler entschlossen ist, nicht eher zu demissionieren, als bis ihm die Parteien den Weg gewiesen haben, der zur Bildung eines neuen Reichskabinetts führen wird. Es bleibt daher abzuwarten, ob dieses Ereignis schon im Laufe dieser Woche eintreten wird.

Dr. Stresemann für die große Koalition?

Berlin. In den parlamentarischen Kreisen verläutet heute, daß Außenminister Dr. Stresemann sich angesichts der Haltung der deutschnationalen entschlossen habe, mit seiner ganzen Person für die Wiederherstellung der großen Koalition einzutreten. Der Minister habe seinen engeren Parteifreunden erklärt, er sehe zurzeit keine andere Möglichkeit, als auf diesem Wege die Durchführung der Außenpolitik sicher zu stellen, von der namentlich für die deutsche Wirtschaft außerordentlich viel abhängt. Die volksparteilichen Vorstände sollen in kürzester Frist in Berlin zusammenzutreten, um die Auffassung des Ministers Stresemann über die Lösung der Regierungskrise kennen zu lernen.

Die Fortschritte der deutschen Abrüstungen.

London. Der Botschafter in Wien meldet unter dem 1. November: Die Fortschritte in der deutschen Abrüstung dauern in einer Weise an, die die internationalen Militärkontrollkommission befriedigt. Die Unterabteilung der Kommission werden wie folgt zurückgezogen: (Frankfurt (Frankreich) am 13. November, Hamburg und Breslau (Großbritannien) 1. Dezember.

General Haughe, der Chef der britischen Abteilung der Kontrollkommission ist am Sonntag nach Paris gefahren, um dem Vizepräsidenten über den Fortschritt der Abrüstungsarbeiten Bericht zu erstatten. Diese wird, wie verlautet, mit größter Schnelligkeit ausgeführt, um zu der Erwartung zu berechtigen, daß sie zum vorgeschriebenen Datum, dem 20. Dezember, beendet sein wird.

Kurze Inhaltsangabe der französischen Regierungserklärung.

Paris. Nach einer Savasmeldung wird in der Regierungserklärung, der der Ministerrat am Montag abend ausgetreten hat, das Finanzproblem die erste Stelle einnehmen. Die Regierung werde sich bemühen, das Verschuldung des Budgets zu sichern durch Amortisierung der französischen Schuld, die eine bestimmte Anzahl von Jahren hindurch jeder Art von Verzinsung über erlegen werde. Sie werde ferner die Verhandlungen über die Regelung der Schulden an England und Amerika erneuern, die im Geiste der Billigkeit und Verhältnismäßigkeit fortgesetzt werden sollten. Schließlich werde die Regierungserklärung die Zustimmung zu der Gesetzesvorlage betreffend die Sozialversicherung und die Verminderung der Militärdienstzeit auf ein Jahr sowie Wiederherstellung der Arrondissementswahl fordern. Sie werde daran erinnern, daß Frankreich für den Marokkonflikt nicht verantwortlich sei und es einzig und allein von Abd el Arim abhängt, ihn zu beenden. Die Lage habe sich soweit gebessert, daß wenigstens ein Teil der Truppen nach Frankreich zurückkehren werden können. Die Regierung werde das Werk der internationalen Annäherung, das die Konferenz von Locarno so glücklich gefördert habe, fortsetzen.

Der Inhalt des Handelsvertrages mit Italien.

vdh. Berlin. Der deutsch-italienische Handelsvertrag ist erst in den letzten Tagen nach Überwindung großer Schwierigkeiten zustande gekommen. Er wurde am Freitag in der Nacht um 120 Uhr paraphiert und am Sonnabend im Text fertiggestellt und unterzeichnet, auf italienischer Seite von dem Ministerpräsidenten Mussolini und dem Vorsitzenden der italienischen Delegation, auf deutscher Seite von dem Botschafter von Neurath und dem deutschen Delegationsvorsitzenden.

Der wichtigste Punkt des Vertrages ist, daß er die uneingeschränkte Meistbegünstigung auf beiden Seiten festsetzt. In dem bisherigen Protokollum galt die Meistbegünstigung nur mit einigen Ausnahmen von beiden Seiten, die nunmehr fortfallen. Unsere Industrie kommt in den vollen Genuss des italienischen Vertragstarifs, der für Deutschland besonders deshalb wertvoll ist, weil Italien schon mit sieben anderen Ländern einen Zolltarifvertrag abgeschlossen hat, besonders mit unseren Konkurrenzländern Frankreich, Tschechoslowakei und Oesterreich. Alle Zugeständnisse, die Italien diesen Ländern gemacht hat, kommen also auch der deutschen Industrie zugute.

Die Meistbegünstigung gilt für alle Bestimmungen, die in dem Vertragstext enthalten sind, also auch für die Bestimmungen über die Freiheit von Handel und Schifffahrt, über Niederlassung und Einreise, über den Grunderwerb, bei dem eine Gleichstellung mit den Inländern erfolgt ist, über die steuerliche Behandlung der Deutschen und der deutschen Gesellschaften in Italien und umgekehrt; für die Doppelbesteuerung ist ein besonderes Abkommen abgeschlossen worden, das verhindern soll, daß die Unternehmensgewinne, die zugleich in Italien und in Deutschland tätig sind, in beiden Ländern doppelt besteuert werden. Ferner ist der Grundlag der Freiheit von Aus- und Einfuhrverboten mit geringen Ausnahmen von beiden Seiten festgesetzt worden, ebenso die Durchfuhrfreiheit.

Die Meistbegünstigung gilt auch für alle Fragen des Warenverkehrs und der Zollbehandlung, für die Ausführungsbestimmungen über die beiderseitige Behandlung der Handelsreisenden, der Warengruppen und Warenmuster, für den Eisenbahnverkehr, die Binnenschifffahrt und Seeschifffahrt, und daran schließen sich endlich die Bestimmungen über die Konsulate.

Der Vertrag wird voraussichtlich erst am 15. Dezember in Kraft treten, bis dahin ist der provisorische Zustand auf der Basis dessen verlängert worden, was vom 15.—31. Oktober gegolten hat. Lediglich aus politischen Gründen kann der Vertrag nicht sofort in Kraft gesetzt werden, da sich beide Länder erst auf das neue Verhältnis einstellen müssen. Die einzelnen Zollsätze können, wie wir von zuständigen Stellen hören, erst in einigen Tagen bekannt gemacht werden, nachdem eine Vereinbarung darüber getroffen worden sein wird. Die Angaben über einzelne Zollsätze, die in einigen Blättern gemacht worden sind, werden uns als unzutreffend bezeichnet.

Im allgemeinen kann gesagt werden, daß für die deutsche Landwirtschaft erträgliche Zollsätze erzielt worden sind, die im Ganzen als befriedigend angesehen werden können. Besonders für den Weinverkehr sind Italien gegenüber erheblich höhere Zollsätze erreicht worden, auch für Weintrauben; besonders für Reis und Tomaten fortgeschritten. Auch die Zollsätze für Wein erscheinen als durchaus erträglich.

Für die deutsche Industrie ist der wichtigste Erfolg die volle Meistbegünstigung, nach der alle Zugeständnisse an andere Länder auch der deutschen Industrie zugute kommen. Für einzelne Industriezweige sind darüber hinaus noch besondere Konzessionen ausbedungen worden, die allerdings nicht gerade bedeutend sind. Umgekehrt hat Deutschland der italienischen Industrie auf dem Gebiete der Ausfuhr eine schmerzliche Konzession machen müssen, die aber im Einkommen mit den maßgebenden Industriellen gemacht wurde, um den ganzen Vertrag nicht an diesem einen Punkte scheitern zu lassen.

Der Vertrag ist auf fünf Jahre abgeschlossen mit dem Vorbehalt, daß, wenn einer der beiden Teile seinen Zoll-

tarif ändern sollte, dann neue Verhandlungen über die Zollfrage stattfinden werden. Eine Veröffentlichung des Reichsfinanzministeriums weist mit Rücksicht darauf, daß der Handelsvertrag mit Italien am 31. Oktober unterzeichnet worden ist und außerdem die Geltung des bisherigen Zustand bis zum 15. Dezember verlängert worden ist, die deutschen Zollstellen an, wie bisher den Unterchiedsbetrag zwischen den autonomen und den Italien gegenüber weiter geltenden, mit Spanien feierlich vereinbarten Zollätzen bei den Erzeugnissen meistbegünstigter Länder ohne Sicherheitsleistung und Verzinsung zu künden.

Gedenkteiler

an den deutschen Kriegergräbern in Paris.

Paris. Auf dem Pariser Friedhof Bagneur-Montrouge fand gestern mittag an den deutschen Kriegergräbern eine Gedenkteiler statt, an der außer dem deutschen Botschafter die Mitglieder und Beamten der Botschaft, die Beamten der deutschen Dienststellen in Paris, Vertreter der deutschen Presse und der deutschen Frauen teilnahmen.

Botschafter v. Voelck hielt eine Rede, in der er unter anderem sagte: „Voriges Jahr konnte ich vor Ihnen und mit Ihnen feierlich, daß die Sonne sich zu entschleiern begonnen habe. Heute sind wir in der Lage, festzustellen, daß die zarten Hoffnungen, die uns im vorigen Jahre zu befeuern begannen, nicht zu Schanden geworden sind. Wir atmen freier. Der Dru, der Jahre lang auf uns lastete, beginnt zu weichen, und am Horizont zeigt sich uns die Hoffnung, daß Deutschland bald den ihm gebührenden Platz wieder einnehmen wird im friedlichen Wettbewerb und friedlichem Zusammenwirken der Nationen zum Heile unseres Vaterlandes, unseres blutgetränkten Erdteils und überhaupt der ganzen Menschheit.“

Der Botschafter war des ferneren in der Lage, anzufügen, daß von nun an die deutschen Soldatenfriedhöfe nicht nur in Paris, sondern überhaupt in Frankreich ein würdiges Aussehen erlangen werden. Es seien Mittel und Wege gefunden worden, die der Witterung so stark ausgelegten Holzkreuze auf den Soldatenfriedhöfen durch steinerner Gedenktafeln zu ersetzen. Er hoffe, daß im nächsten Jahre die deutschen Gräber bereits im Schmuck der neuen Tafeln sein werden. Auch der Zustand der großen Gräberfelder in Frankreich sei durch deutsche Kommissionen zusammen mit französischen zuständigen Behörden geprüft worden. Man habe bei den französischen Stellen Verständnis und Entgegenkommen für die deutschseitig ausgesprochenen Wünsche gefunden. Leider werde es bei der großen Anzahl der Gräber nicht möglich sein, alle so zu gestalten, wie man es wünsche. Aber er besitze die Versicherung, daß unter Mitwirkung der für den Zustand der Gräber vertraglich verantwortlichen französischen Regierung ein Zustand geschaffen werden könnte, der, wenn auch nicht als befriedigend, so doch als würdig bezeichnet werden kann. Für die deutschen Mütter und Frauen legte Frau Gesundheitsrat Dr. Kirchhoffs ein Blumenarrangement nieder.

Das Grubenunglück auf Zeche „Holland“.

vdh. Berlin. Die Untersuchung über die Schlagwetter-Explosion auf Zeche Holland hat nach amtlicher Mitteilung des Grubenüberwachungsamtes bisher folgendes ergeben: Kurz vor der Explosion ist in einem tieferliegenden Flöz eine starke Erdschütterung (Gebirgssturz) erfolgt. Dadurch sind größere Mengen Schlagwetter ausgetreten und mit dem Wetterstrom in höherliegende Strecken gezogen. Dort haben sie sich entzündet. Die Ursache der Entzündung ist mit Wahrscheinlichkeit darin zu suchen, daß durch den Gebirgssturz in der elektrischen Lokomotivförderung Kurzschluss und damit Flammenbildung aufgetreten ist. Die Fortplanzung der Explosion ist durch das Gestein-Staubverfahren aufgehalten worden, das sich hierbei vorzüglich bewährt hat. Im Ganzen sind 17 Mann tödlich verunglückt, und zwar teilweise durch mechanische Verletzungen, teilweise durch Gasvergiftung, teilweise durch Verbrennung. Die Untersuchung wird fortgesetzt. — Der preussische Ministerpräsident Braun hat an den Betriebsauschuss der Unglückszeche und an die Verwaltung der Zeche Beileidtelegramme gerichtet, ebenso der Handelsminister Dr. Schreier. Ferner hat Dr. Schreier den beim Bergen der Verunglückten tätig gewesenem Rettungsmannschaften Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Eisenbahnunglück in Frankreich.

Paris. (Frankfurt.) Wegen schlechten Funktioniens einer Weiche ist gestern nachmittag ein Personenzug auf dem Bahnhof St. Gannat entgleist. 1 Wagen stürzte um. Etwa 10 Personen wurden verletzt, 4 davon schwer.

Einschränkung von Amerika-Anleihen seitens deutscher Länder und Gemeinden.

London. (Frankfurt.) Der Newyorker Korrespondent der Daily Mail berichtet, daß Anleihen im Betrage von annähernd 10 Millionen Pfund Sterling, deren Gewährung an deutsche Länder und Gemeinden von amerikanischen Bankiers vorbereitet wurde, angehalten wurden. Der Grund hierfür ist eine Warnung seitens der amerikanischen Regierung, bei welcher Reichspräsident Dr. Coolidge, wie verlautet, angeregt hat, daß alle Wünsche um Anleihen erst von der Reichsbank geprüft werden sollen.